

Weiterbildungsreform und finanzielle Stabilität: Entscheidende Beschlüsse der Ärztekammer Berlin

Bericht von der Delegiertenversammlung am 13. November 2024

In der letzten Delegiertenversammlung des Jahres wurden nicht nur wichtige finanzielle Weichenstellungen beschlossen, sondern auch die strategische Ausrichtung und die Organisationsstruktur der Ärztekammer Berlin weiter optimiert. Trotz Herausforderungen im Finanzplan ist die Kammer mit einem positiven Ergebnis für 2023 und einem klaren Fokus auf Beitragsstabilität sowie zukunftsweisenden Reformen in der ärztlichen Weiterbildung gut aufgestellt.

Auszug aus der Tagesordnung der 7. Sitzung der Delegiertenversammlung

- Finanzangelegenheiten der Ärztekammer Berlin
- Beitragsordnung der Ärztekammer Berlin
- Änderung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung und der Weiterbildungsordnung aufgrund der Organisationsstruktur-Reform der Weiterbildung
- Weiterbildung der Ärztekammer Berlin
- Umsetzung der Regulierung investorenbetriebener MVZ (iMVZ) – Verpflichtende Angaben auf dem Praxis-schild
- Orange the World – UN-Kampagne zur Gewalt gegen Frauen

Unter www.aekb.de/dv-online-dokumentation können die Ergebnisse der Versammlung eingesehen werden.

Zu Beginn des ersten Tagesordnungspunktes informierte Kammerpräsident PD Dr. med. Peter Bobbert, dass dem Vorstand keine schriftlichen Anfragen vorlägen, und fragte, ob es mündliche Anfragen gebe. Dr. med. Katharina Thiede (Fraktion Gesundheit) nahm Bezug auf ein Treffen von Vorstandsmitgliedern der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und der Ärztekammer Berlin am 10. Oktober 2024 und fragte, wie der Stand der Dinge sei. Der Präsident antwortete, dass das Treffen, das zur Klärung von offenen Fragen anberaumt worden war, „offen, direkt und sehr ehrlich“ gewesen sei. Am Ende seien sich alle Beteiligten einig gewesen, dass es gerade

in der jetzigen Zeit wichtig sei, beide ärztlichen Institutionen in Gemeinsamkeit erfolgreich zu führen, um ärztliche Interessen effizient durchzusetzen.

Dr. med. Helene Michler (Fraktion Gesundheit) fragte anschließend nach dem Status der Evaluation der ärztlichen Weiterbildung. Dr. med. Antje Koch, Leiterin der Abteilung Weiterbildung / Ärztliche Berufsausbildung, antwortete, dass seit 2022 kontinuierlich eine Evaluation durchgeführt werde. Der Evaluationsbogen würde den Ärzt:innen in Weiterbildung nach der Prüfung zugesandt werden. Die Rückmeldequote liege bei 10 bis 15 Prozent. Auf Nachfrage ergänzte Koch, dass die Ergebnisse nicht öffentlich seien und nur Ärzt:innen mit/nach bestandener Prüfung, befragt werden würden.

Auf die Frage von Prof. Dr. med. Claudia Spies, Vertreterin der Berliner Universitätsmedizin, ob denn auch in Berlin Mentor:innen Zugang zum eLogbuch erhalten sollen, so wie es im Kammerbezirk Schleswig-Holstein möglich sei, antwortete Koch, dass ihr nur bekannt sei, dass dies bisher in Westfalen-Lippe der Fall sei. In Berlin sei man derzeit dabei, den Zugang für Mentor:innen einzurichten.

Die schriftlichen Mitteilungen des Vorstandes ergänzte Bobbert mit einer kurzen Einschätzung der Bundespolitik. Es sei frustrierend, wenn man bedenke, wie lebenswichtig der Vorstoß zur Einführung der Widerspruchsregelung bei der Organspende für viele Menschen sei und wie viel Arbeit in die Gesetzesvorhaben investiert worden sei – wahrscheinlich vergebens.

Anschließend appellierte Bobbert an die Delegierten, stets respektvoll und sachlich miteinander umzugehen. Dies sei

der Anspruch, den Ärzt:innen an die Gesellschaft und an die Politik stellen, und diesem Anspruch müsse man auch in der Ärztekammer gerecht werden. Hier bedürfe es stets größtmöglicher Achtsamkeit.

Finanzangelegenheiten der Ärztekammer Berlin

Frank Rosenkranz, Kaufmännischer Leiter der Ärztekammer Berlin und Leiter der Abteilung Interne Dienstleistungen, präsentierte den Delegierten anschließend zunächst den Jahresabschluss mit Lagebericht der Ärztekammer Berlin für das Geschäftsjahr 2023. Der Wirtschaftsprüfer habe keine Beanstandungen gehabt und daher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Bei einem angenommenen Fehlbetrag von rund 1,6 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2023 schließe man nun doch erfreulicherweise mit einem positiven Ergebnis von rund 880.000 Euro ab. Das positive Ergebnis sei unter anderem auf geringere Personal-, Raum- und Softwarekosten zurückzuführen, so Rosenkranz.

Die Vorsitzende der Haushaltskommission, Dr. med. Eva Müller-Dannecker (FrAktion Gesundheit), dankte Rosenkranz für das abermals sehr gut vorbereitete Zahlenwerk. Man sehe, dass wieder der vorsichtige Kaufmann gewirkt habe. Auch wolle man der Verwaltung danken. Die Haushaltskommission empfehle der Delegiertenversammlung, den Jahresabschluss festzustellen, den Vorstand zu entlasten und auch den Vorschlägen zur Ergebnisverwendung zuzustimmen.

Mit Blick auf die Rücklagen stelle sich die Frage, ob die Beiträge der Kammermitglieder nicht gesenkt werden könnten, kommentierte anschließend Dipl.-Med. Norbert W. Schwarz (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund). Dem entgegnete Müller-Dannecker, dass die Haushaltskommission für 2024 die Beiträge unbedingt stabilisieren wolle. Der finanzielle Puffer solle für den Übergang genutzt und damit eine Beitragserhöhung verhindert werden. Der Jahresabschluss 2023, die Entlastung des Vorstandes und die Ergebnisverwendung wurden daraufhin einstimmig beschlossen.

Dem anerkennenden Applaus für die Mitarbeitenden folgten die Ausführungen von Rosenkranz zum Wirtschaftsjahr 2024. Nach einer ursprünglich geplanten Unterdeckung von rund 1,7 Millionen Euro und der Annahme, dass im laufenden Jahr nicht mit einer schwarzen Null gerechnet werden könne, sei man sehr froh, derzeit für 2024 von einem positiven Ergebnis von rund 83.000 Euro ausgehen zu können. Dies sei auf einige Einmaleffekte zurückzuführen. Rosenkranz fügte jedoch hinzu, dass normale Ereignisse im laufenden Jahr nicht zu einem positiven Ergebnis geführt hätten.

Mit Blick auf den Wirtschaftsplan 2025 informierte Rosenkranz, dass mit einer Unterdeckung von voraussichtlich

2 Millionen Euro geplant werde. Sondereffekte, die dieses Ergebnis positiv beeinflussen könnten, seien nicht zu erwarten. „Die Prognose ist bemerkenswert, aber nicht besorgniserregend“, so Rosenkranz. Dennoch sei es notwendig, die Aufwands- und Ertragsituation offensiver anzugehen.

Die Haushaltskommission habe sich sehr intensiv mit dem Wirtschaftsplan 2025 befasst, schloss Müller-Dannecker an. „Weiter so geht nicht“, fuhr sie fort. „Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Beitragseinnahmen weiter steigen“, so die Kommissionsvorsitzende. Der Wirtschaftsplan 2025 sehe unter anderem eine 0,75-Prozent-Stelle für einen „Content Creator“ für die Sozialen Medien in der Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik sowie eine 0,5-Prozent-Stelle für die Abteilung Digitalisierung / Kommunikation vor. Die Vorsitzende der Haushaltskommission betonte, dass die Präsenz in den Sozialen Medien wichtig sei, sie stelle sich jedoch die Frage, ob der Bedarf nicht durch eine bessere Synergie der Stabsstelle mit der Abteilung 6 gedeckt werden könne. Müller-Dannecker berichtete über die Ergebnisse der Haushaltskommission, die sich zwar mehrheitlich gegen die zusätzliche Stelle für Soziale Medien in der Stabsstelle ausgesprochen habe, aber im Übrigen dem vorgelegten Wirtschaftsplan 2025 einstimmig zugestimmt habe.

„Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Beitragseinnahmen weiter steigen“

Dr. med. Eva Müller-Dannecker
FrAktion Gesundheit

Der Präsident betonte: „Ich glaube, es ist wichtig festzustellen, dass die Kammer hervorragend aufgestellt ist.“ Dafür wolle er Frank Rosenkranz und seinem Team danken. Dennoch müsse man sagen, dass man ohne die Einmaleffekte in diesem Jahr zum ersten Mal seit über zehn Jahren ein Negativergebnis gehabt hätte. Deshalb seien jetzt mittelfristige Entscheidungen notwendig. „Wir werden dies in der Klausursitzung des Vorstandes im März nächsten Jahres prioritär behandeln.“ Der Vorstand sei sich einig, dass Beitragserhöhungen keine Option seien. „Wir müssen über Ausgaben sprechen“, betonte Bobbert. Die Bedeutung der 0,75-Prozent-Stelle in der Stabsstelle sei jedoch sehr groß und er empfehle, diese wichtige Stelle zu besetzen. „Wir sprechen oft darüber, wie wir nahbar sein und junge Kolleg:innen erreichen wollen.“ Der Vorstand stehe vollumfänglich hinter dem so vorgelegten Wirtschaftsplan.

Es folgte eine lebhafte Diskussion. Dr. med. Matthias Albrecht (Marburger Bund) forderte, an anderen Stellen zu sparen,

statt bei Maßnahmen, die jüngere Kolleg:innen erreichen sollen. Schwarz äußerte Bedenken zu den Defiziten und warnte vor einer zu niedrigen Prognose hinsichtlich der Tarifentwicklung im Wirtschaftsplan. Der Präsident beschrieb auf Nachfrage die Aufgaben der neuen Stelle des „Content Creators“: Die Person soll in Zusammenarbeit mit der Abteilung 6 vor allem Inhalte wie Beiträge und Videos für die Social-Media-Kanäle produzieren. Kritik kam von Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund), die den stetigen Stellenzuwachs im Hauptamt bemängelte. Zwar seien diese zunächst alle auf zwei Jahre befristet, wurden aber bislang immer verlängert. Dr. med. Kirsten Kuhlmann (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund) wies auf KI-basierte Alternativen für die Videoproduktion hin. Auch Dr. med. Sandra Blumenthal (Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin) hielt den vorgesehenen Stellenanteil für die Betreuung der drei Social-Media-Kanäle der Kammer für eine „Luxusausstattung“.

Als Schatzmeisterin meldete sich Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) zu Wort. Regelmäßig habe die Kammer nach den Grundsätzen vorsichtiger Haushaltsplanung geplant. Die Jahresabschlüsse waren dann aber doch in den schwarzen Zahlen, auch 2024 wieder. Trotzdem seien sich alle einig, dass es nun einer genauen Analyse für die Zukunft bedarf. Auch so genannte KI-Lösungen würden mitgedacht, doch auch dafür seien hohe Kosten aufzuwenden. Auf die Frage, wo sie Einsparungen sehe, antwortete sie, dass sie persönlich ein großes Potenzial in der Online-Beitragsveranlagung und in weiteren digitalisierten Prozessen sehe. Auch die Umsetzung von Nachhaltigkeit in der Kammer werde auf lange Sicht Kosten einsparen.

Auf der Ertragsseite sei sie optimistisch, denn man habe in Berlin einen stetigen Zuwachs an Ärzt:innen bei steigenden Einkünften. Sie habe bei der Finanzkommission der Bundesärztekammer angeregt, die Prognose der Erträge landes-kammerübergreifend zu analysieren. Zu der vorgesehenen Stelle merkte sie an, dass sie verstehe, dass nicht alle die Sozialen Medien gleich bewerten. Es sei aber ein geeignetes Mittel der heutigen Zeit, um Inhalte zu verbreiten. Damit können die Kammer insbesondere in Kontakt mit der jüngeren Ärzteschaft treten und die Selbstverwaltung transparenter machen.

Bobbert dankte den Delegierten für die Diskussion und machte darauf aufmerksam, dass die Stabsstelle momentan mit 2,75 Stellen besetzt sei. Wenn die Kammer mehr Sichtbarkeit haben wolle, dann brauche man den angestrebten Personalschlüssel.

Es folgten die Abstimmungen. Ein Antrag von Prof. Dr. med. Wulf Pankow (FrAktion Gesundheit), die 0,75-Stelle in der

Stabsstelle und die 0,5-Stelle in der Abteilung 6 nicht zu genehmigen, wurde abgelehnt. Anschließend wurde darüber abgestimmt, ob die 0,75-Stelle aus dem Wirtschaftsplan herausgenommen werden soll. Auch dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit bei wenigen Enthaltungen abgelehnt. Schließlich wurde der vom Vorstand vorgelegte Wirtschaftsplan 2025 unverändert mit großer Mehrheit beschlossen. Nachfolgend informierte der Präsident, dass die Beitragstabelle 2024 für das Beitragsjahr 2025 unverändert übernommen werde. Die Drucksache wurde ohne Diskussion angenommen.

Umsetzung der Weiterbildungsreform

Der Präsident fuhr mit einer Änderung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung und der Weiterbildungsordnung als Grundlage für die Reform der Organisationsstruktur der Weiterbildung fort. Bobbert rekapitulierte, dass auf Beschluss des Vorstandes der fraktionsübergreifende Arbeitskreis „Organisationsstruktur-Reform Weiterbildung“ eingerichtet worden sei. Der Arbeitskreis habe den Auftrag gehabt, sich mit den bereits vom Vorstand identifizierten und durch die Delegiertenversammlung konsentierten Themenfeldern in der Weiterbildung zu befassen und dem Vorstand sowie der Delegiertenversammlung Vorschläge für Reformen vorzulegen.

Die im Arbeitskreis erarbeiteten Reformvorschläge, die in der Satzung zu regeln seien, würden dieser Artikelsatzung zugrunde gelegt und müssten durch vom Vorstand zu erlassende Richtlinien ergänzt werden, so Bobbert. Der Präsident wies ferner darauf hin, dass sich der Satzungs- und Geschäftsordnungsausschuss in einer Sitzung im Oktober mit den vorliegenden Änderungen in der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung befasst habe. Bevor er die Diskussion eröffnete, machte er darauf aufmerksam, dass für eine Änderung der Hauptsatzung eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Delegiertenversammlung erforderlich sei. Thiede brachte einen Änderungsvorschlag zur Geschäftsordnung vor. An einer Stelle solle statt des Vorstandes die Delegiertenversammlung genannt werden. Bobbert nahm dies als Änderungsantrag an.

Pankow appellierte an die Delegierten, wenn die Reform beschlossen werden sollte, schnell zu einem Konsens zu kommen, welche Kennzahlen monatlich berichtet werden sollen, damit die Delegiertenversammlung den Prozess begleiten könne. „Wir können uns keinen Qualitätsverlust in der Weiterbildung leisten“, betonte Dr. med. Tankred Stöbe (Marburger Bund), und Dr. med. Kathleen Chaoui (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund) ergänzte, dass sich der Arbeitskreis „Organisationsstruktur-Reform Weiterbildung“ auf eine kontinuierliche Evaluation der Prozesse verständigt habe. Dr. med. Matthias Blöchle (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund),

Vizepräsident der Ärztekammer Berlin, bat die Delegierten um Zustimmung zu diesem Projekt in vorgelegter Form. Der von der Delegierten Thiede eingebrachte Änderungsantrag in der Geschäftsordnung, nicht den Vorstand, sondern die Delegiertenversammlung zu nennen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Anschließend wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Weiterbildungsreform deutlich erreicht und die notwendigen Änderungen in der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung und der Weiterbildungsordnung beschlossen.

„Wir können uns keinen Qualitätsverlust in der Weiterbildung leisten.“

Dr. med. Tankred Stöbe
Marburger Bund

Resolutionen der Delegiertenversammlung

Nach einem mündlichen Sachstandsbericht von Antje Koch, die die weiterhin guten Fortschritte ihrer Abteilung bei der Umsetzung der neuen Weiterbildungsordnung von 2021 hervorhob, wurde über zwei Resolutionen abgestimmt.

Auf Initiative der Liste „Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund“ wurde die Resolution „Für mehr Transparenz: Investoren auf das Praxisschild“ eingebracht. Der Delegierte Schwarz erklärte das Anliegen: In inhabergeführten ärztlichen Praxen sei gesetzlich geregelt und erkennbar, wer die Verantwortung für eine sorgfältige Abrechnung, die Vertragsgestaltung und die medizinische Therapie trage. Dies gelte jedoch nur für Ärzt:innen, nicht aber für Investoren, die ein Medizinisches Versorgungszentrum (iMVZ) betreiben, da die Ärztekammer Berlin über das Berufsrecht hierauf keinen Einfluss habe. Da dies intransparent sei, wolle man mit der Resolution mehr Transparenz einfordern. Inhaberstrukturen und die ärztliche Verantwortung müssen auf Praxisschildern der iMVZ erkennbar sein.

Dr. med. Rolf-Jürgen Kühnelt (FrAktion Gesundheit) begrüßte die Initiative sehr, unterstrich jedoch, dass das Problem viel größer sei als die Angaben auf dem Praxisschild, und stellte daher einen Antrag auf Vertagung des Themas. Schwarz erwiderte, dass es nicht sein Anspruch sei, das Thema mit einem Satz zu regeln. Er wolle die Resolution als Anstoß verstehen, um mehr Transparenz herzustellen. Der Antrag auf Vertagung des Themas wurde von den Delegierten abgelehnt und die Resolution anschließend mit großer Mehrheit beschlossen. Bobbert kommentierte, damit sei der erste Pflock eingeschlagen und schlug vor, dass sich der Ausschuss Ambulante Versorgung weiter mit dem Thema auseinandersetzen solle.

Ohne Diskussion wurde folgend die Resolution „Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent stoppen“ von der Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen. Sie war vom Vorstand eingebracht worden.

Abschließend gab Müller-Dannecker noch eine persönliche Erklärung ab. Sie freue sich außerordentlich, dass diese Resolution einstimmig beschlossen worden sei und wolle ihre persönliche Betroffenheit darüber zum Ausdruck bringen, dass einzelne Delegierte in der letzten Sitzung bei der Diskussion zum Thema Kinderarmut den Raum verlassen hatten.

Der Präsident wünschte den Delegierten auch im Namen des Vizepräsidenten Blöchle und des gesamten Vorstandes eine besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2025.

An der Sitzung nahmen neben den Vertreter:innen des Ehren- und Hauptamtes auch Susanne Brech, Assistenzärztin für Anästhesie und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Charité – Universitätsmedizin Berlin, Dr. med. Heike Kunert, Mitglied der Haushaltskommission der Ärztekammer Berlin, und Dr. med. Jörn Elmar Mehring, Mitarbeiter der Bundesärztekammer, teil.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 19. Februar 2025 statt. /



Ole Eggert

Pressesprecher und Leiter der
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik
Foto: André Wagenzik